

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Giesener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreislatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

Giesener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Brüderlichen Universitäts- und Buch- und Steindruckerei, A. Lange, Gießen.

Schreibleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstraße 7, Geschäftsstelle u. Verlag: S. 49/1, Schreileitung: S. 112. Adressen für Telephonat: Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

29. Sitzung, Freitag, den 14. Januar, 11 Uhr.
Am Bundesratspräsident: Regierungskommissionäre.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung pünktlich und macht dem Hause folgende Mitteilung:

Dem Reichstag ist die Nachricht zugegangen, daß der frühere Vizepräsident dieses Hauses, der Abg. Dr. Böhm, am 12. Januar verstorben ist. Dr. Böhm hat seit 1871 mit Unterbrechungen dem Reichstage angehört. Er hat sich stets in hervorragender Weise an den Arbeiten des Reichstages beteiligt. Wir werden ihm ein warmes und treues Andenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren und in Anerkennung des Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zwei kleine Anfragen.

Die Verhaftung der Konsuln in Saloniki.

Abg. Dr. Hoffmann (Kais.) fragt:

Ist der Herr Reichstagspräsident in der Lage und bereit, über die widerrechtliche, völkerrechtswidrige Verhaftung des deutschen Konsuln in Saloniki durch den französischen Oberkommandierenden nähere Mitteilungen zu machen?

Präsident des Reichstages: Am 30. Dezember wurden das deutsche Konsulat in Saloniki, das türkische und das bulgarische Konsulat in Saloniki von Truppen der Entente umstellt und die Konsuln nicht Personen, sondern als französische Kriegsgefangene behandelt. Sie sind in der Nacht zum 31. Dezember in ein Gefängnis gebracht worden. Dieser unerhörte Völkerrechtsbruch, der sich gerade diejenigen Mächte im Verlaufe dieses Krieges schuldig gemacht haben, die sich stets als Verfechter der Neutralität und der Unabhängigkeit der kleineren Staaten ausgeben. (Sehr richtig!) Die kaiserliche Regierung hat bei der griechischen Regierung Protest erhoben und sie für die Sicherheit der verhafteten Konsuln verantwortlich gemacht. (Beifall.) Die griechische Regierung hat bereits bei der englischen und französischen Regierung gegen die Verletzung der völkerrechtlichen Konsuln verlangt. Es ist dem Herrn Reichstagspräsident nicht bekannt, ob eine Antwort auf diesen Protest erfolgt ist. (Zuruf des Abg. Liebknecht: Beistelle Anfrage! Großes Geschrei.)

Die Postsendungen an die in Frankreich internierten deutschen Kriegsgefangenen.

Abg. Dr. Müller (Meinungen) fragt:

Ist dem Herrn Reichstagspräsident bekannt, daß die Postsendungen (Briefe, Postkarten, Geldsendungen, Vorkasse), die für die in Frankreich internierten deutschen Kriegsgefangenen bestimmt sind, diesen erst nach mehr als einmonatiger Zeit zugestellt werden?

Was genügt die Reichsregierung zu tun, um eine Verbesserung dieser Verhältnisse seitens der französischen Behörden herbeizuführen?

Stellvertreter des Bundesratspräsidenten Oberst Friedrich: Der deutsche Generalkonsul in Paris hat schon vielfache Beschwerden über die Verzögerungen der Postsendungen an die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich bekannt gegeben. Es ist erwiesen, daß diese Verzögerungen, soweit es den Ablauf der Sendungen in der Heimat bis zur deutschen Grenze anlangt, nicht an uns liegt, sondern daß diese Verzögerungen in der Schweiz, sondern wie haben festgestellt, auch in diesen Verzögerungen vielfach die Willkür eines großen Teiles der französischen Kommandanten und namentlich auch die Willkür des Unterpersonals in den französischen Kriegsgefangenenlagern schuld ist. Die deutsche Generalkonsul hat hiergegen nachdrücklich wiederholt Beschwerde erhoben. Auf eine Bestimmung der deutschen Generalkonsul, die aus militärischen Gründen dringend notwendig war und die dahin lautet, daß alle aus den deutschen Kriegsgefangenenlagern nach Frankreich und aus den Russen usw. in ihre Heimat abgehenden Briefsendungen zehn Tage liegen müssen, ehe sie abgehenden werden, hat die französische Regierung nicht nur das gleiche angeordnet, sondern sie hat auch bestimmt, daß alle einlaufenden Briefe an die deutschen Kriegsgefangenen einer Sperre von zehn Tagen unterliegen. Es hat auch den Anschein, als wenn aus Willkür ein Teil der französischen Kommandanten diese Sperren noch weiter verlängert hat und sie nicht bloß auf die Briefe beschränkt, sondern auch auf alle Postsendungen überhaupt ausgedehnt hat. Die deutsche Generalkonsul hat daraufhin als Gegenmaßnahme verfügt, daß alle von Frankreich an die französischen Kriegsgefangenen einlaufenden Briefe namentlich ebenfalls einer zehntägigen Sperre unterliegen. Das ist den französischen Kriegsgefangenen mit dem Einspruch bekanntgegeben worden, es den Angehörigen mitzuteilen. Sollte diese Maßregel nicht wirken, und sollte weiterhin die Sperre der Postsendungen an die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern bestehen bleiben, so beabsichtigt die deutsche Generalkonsul, mit Nachdruck zu weiteren Maßnahmen zu greifen. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (zur Geschäftsordnung):

Ich möchte anfragen, warum meine beiden am Mittwoch rechtzeitig eingereichten Anfragen nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden sind.

Präsident Dr. Kaempf:

Darauf kann ich Ihnen jetzt keine Antwort geben. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (mit erhobener Stimme):

Sie wollen die Wahrheit erfahren. Sie wollen das Volk befragen! (Schallendes Gelächter.)

Präsident Dr. Kaempf:

Ihre Bemerkungen sind ungehörig, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Beifall.)

Die Ernährungsfragen.

(Weiterer Tag.)

Abg. Schiele (Konf.):

Nur der Rechner der Sozialdemokratie, sonst niemand aus diesem Hause, hat die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit angegriffen. Daß sich sonst an diesen Angriffen niemand beteiligt, ist um so ersichtlicher, als man in der Presse von den Landwirten als Aushängeschild und Gaunern gesprochen hat. Weshalb der

Schweineabschlachtungen verlangte, seienerzeit ein fortschrittlicher Landwirt, ganz allgemein, sie vorzunehmen, um der übermäßigen Kartoffelverwertung Einhalt zu tun. Dieser allgemeine Antrag wurde schon im Auslaß sehr gemindert und darum so im Plenum angenommen. Es fragt sich aber, ob hier der Reichstag über uns und unsern Landwirten den größten Einfluß gehabt haben. (Sehr richtig!) Nicht die Willkür der Landwirte ist die Grundlage unserer wirtschaftlichen Entfaltung gewesen, sondern der heimische Boden. Heute kann dieser unser Land vollkommen ernähren und der der Auswanderung schaden. Die Produktionskraft unserer Landwirtschaft darf in diesem Kriege niemals erschöpfen: das sage ich gerade als Industrieller. Wir brauchen alle die Vorrichtungen der Landwirtschaft. Aber wichtiger als diese ist die Versorgung unserer Völker mit Brot. Die Lebensmittel müssen den arbeitenden Massen der Landwirtschaft und Industrie vorbehalten werden. Offenlich bekommen wir jetzt dem Vorkauf hinreichend Futtermittel herein. Kartoffeln sind genügend vorhanden, nur muß die Versorgung richtig geregelt werden. Die nicht kalibrieren Kartoffeln müssen demnach getrocknet werden, damit wir nicht durch Verkauf der großen Verluste erleiden.

Unsere Viehhaltung sind zurückgegangen, sind aber noch durchaus ausreichend. Vor dem Kriege verbrauchten wir jährlich 54 kg. Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung. 1870 waren es nur 27 kg. Sollen wir das nicht auch wieder einschränken können? Haben unsere Väter sich Anno 1870 nicht viel schlechter ernährt als unsere Feldgenossen? Unser Fleischverbrauch war sogar größer geworden als der Engländer, namentlich wenn man in Betracht zieht, daß das bei uns vorwiegend verdaulich ist. Schweinefleisch einen wesentlich höheren Kalorienwert hat als das in England bevorzugte Rindfleisch. Wir kommen mit unseren Vorräten aus: das ist um so wichtiger, als wir teilweise in Deutschland eine Mangelwirtschaft haben. (Zurufe links: Das sagen Sie von der Trübsal des Deutschen Reichstages aus!) Gewiß, das Ausland darf es gerne hören. Es weiß es ohnehin schon und sieht, daß wir trotzdem durchkommen. Wir sind leichter mit uns und in normalen Zeiten werden die Kartoffel knapp sein, es ist auf den Mangel an Arbeitskräften zum Sortieren und auf das Fehlen von Gespannen zurückzuführen, zu dem guten Willen der Landwirtschaft hat es noch nicht geführt. Aus an der Front haben wir mit großen Transportverweirungen zu kämpfen. Die Landwirtschaft soll wieder als Präventivmaßnahme erhalten, indem man ihr die Kartoffelverarbeitung verweigert. Wo sind denn die Kartoffeln geblieben? Nicht etwa zum großen Teil im Mehl? Soll die Völk von dem Osten ausgefüllt werden? Dann müßte die Völkungsernte nobel sein. Die Produktionskraft muß gekürzt werden. Das ist unsere Hauptforderung; alle anderen Fragen haben sich dem unterzuordnen.

Die Frage der Preise ist nebenfalls. Da soll ein gesunder Ausgleich stattfinden. Wir sind alle ganz einig darin, daß der Viehhaltende für den Rechner aus dem Kriege auszuweisen ist. (Zustimmung rechts.) Aber die Deutung der Regierung zu kurz wird, ist es besser, höhere Preise zu erlassen. Zu kurze Eingriffe können jedoch die Produktion erschweren. Der Mangel an Futtermitteln muß durch möglichst hohe Einfuhr vom Ausland beseitigt werden. Die Produktion wird auch dadurch beeinträchtigt, daß die Verwendung des künstlichen Düngers erheblich nachgelassen und auch der Sündlinger an Stickstoff, Phosphor und Kalisalz eingeschränkt hat. Warum wird nicht die Fortsetzung der Düngung durchgesetzt, warum wird nicht die neue Stickstoffdüngung ausgenutzt? Die Landwirtschaft darf nicht durch unnütze Begrenzungsmaßnahmen die Produktion des Stickstoffs unmöglich gemacht werden. Die Bodenverbesserung muß durch künstliche Düngung erreicht werden, die Produktion erhöht, der Reichtum der Erde der Lage. Ungehörig Vermögen durch Konjunkturgewinne zu erwerben, ist er nicht in der Lage. Die günstigen Abschlüsse der Futterabgaben sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie mit erheblichen Vorräten in das neue Jahr eintreten.

Die Schließungen der Rot der landwirtschaftlichen Arbeiter sind viel zu bitter. Wo müßte die Rot vorhanden ist, wird alles zu ihrer Besserung getan, auch durch Vorkauf, die Wohnungen sind den Landarbeitern, auch wenn sie im Felde stehen, sämtlich belassen. Die Futtermittel werden eben immer nicht nach Gebühr gemindert. Auch die Gelangenarbeit ist keineswegs billig, zumal sie nur halb so hoch zu bewerten ist wie die eines eingetragenen Arbeiters, eine Stunde Leistung kommt bei Verdrängung aller Umstände auf etwa 70 Pfennig zu stehen. Die Verdrängung, daß die Produktion eines Zentners Kartoffeln 1,20 Mk. kostet, beruht auf falschen Grundlagen. Der Weltmarkt aus der Landwirtschaft, von dem geredet wurde, mag in der Tat beängstigend sein, aber in ganz anderem Sinne. Wenn wir viel Geld aus der Landwirtschaft nehmen, besteht die Gefahr, daß das Geld der Landwirtschaft fließt. Auch wir erkennen an, daß dem kleinen Bauerstand gelöst werden muß, namentlich müssen auch den kleinen Bauern Zuerstzungen zugekommen. Bei der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln ist vor allem der Kleinhandel zu betonen, wie wir es in unserer Resolution vorsehen. Heute schließt der Großhandel meist den Rahm ab. (Beifall rechts.)

Die kleinen Mägen könnten sehr wohl mit Arbeit bedacht werden im Zusammenhang mit den Selbstverordnungen. Es muß ein Ausgleich geschaffen werden zu ihren Gunsten. Die Regierung hat vielfach ihre Maßnahmen über Erzeugnisse der Landwirtschaft getroffen ohne vorherige Anhörung der Landwirte. Bei den Schweineabschlachtungen ist der Hauptmangel, daß nicht auf die Reichsregierung die Höchstpreise für Schweinefleischfabrikate festgelegt hat. Wenn eine Verordnung vorhanden wäre, würden wir sie auch bei uns beurteilen. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisbedingungen werden jetzt und nach dem Kriege eine durchaus pflegliche Behandlung, weil sie jetzt eine Angelegenheit des ganzen Volkes ist. (Beifall.) Wir müssen eine mittlere Linie zwischen Erzeuger und Verbraucher finden. Heute darf nur noch Raum für gegenseitiges Verständnis sein. Es gibt nur eine Lösung auch in den wirtschaftlichen Fragen: Vorkauf. Man werden wir weiter gehen bis zu einem ehrenvollen Frieden, der uns hoffentlich recht bald bescheiden sein möge. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär Michaelis, Präsident der Reichsgetreidekammer.

Der Vortrager hat an einer Stelle davon gesprochen, wir hätten bei einer vollen Mangelwirtschaft. Das könnte irreführend sein, namentlich wenn der Ausdruck von sachverständiger Seite kommt. Ich habe nur von Schwierigkeiten in der Verteilung der diebstahligen Ernte wegen ihrer großen Wertigkeit gesprochen, den einzelnen Gegenden gesprochen. Natürlich kann eine Mangelwirtschaft, aber das von ganz Deutschland zu sagen, ist tatsächlich falsch. Das ist überhaupt nicht möglich. (Sehr richtig!) In ganz Deutschland können wir gar keine volle Mangelwirtschaft haben. Die Verhältnisse sind so verschieden, daß wir im Osten vielfach geringe, sehr geringe Ernten haben, aber vom Westen kann ich Ihnen als Beispiel anführen, daß der Landesdirektor von Westfalen nach Westfalen die Ernte voll ist, die den Osten hin kommen. Es ist in vielen Kreisen des deutschen Vaterlandes (beifall rechts) sehr geringe Ernte und namentlich bei der Ernte vielfach sehr schwere Dürre und namentlich bei der Ernte vielfach sehr schwere Feuchtigkeit gehabt haben, ist die ganze Ernte in ihrem Bestand ungleichmäßig, und wir müssen damit rechnen, daß wir sparen. Von einer Mangelwirtschaft kann nicht die Rede sein. Der Vortrager wird es in diesem Sinne auch nicht gemeint haben. Es wäre jedoch denkbar, wenn er auf dieser Richtung hin bei der Getreidekammer des Reichstages eine ergänzende Erklärung hinzufüge, um alle Verhältnisse aufzuklären.

Abg. Berner-Gießen (Wirtsch. Bgg.):

Wir haben ausreichend Nahrungsmittel und sollten uns lösen, den Vorkäufen zu leben. Sollte in einigen Bezirken Mangel herrschen, so sollte er aus anderen Bezirken leicht ausgeglichen werden. Wir haben nicht nur unsere Bevölkerung, sondern auch unsere Heere und 2 Millionen Gefangene zu ernähren, und um es zu tun, haben wir in allen Ländern, der Krieg führt eben die ganze Erzeugung und Ernte sehr wesentlich den Weltmarkt. Die Vermehrung der Städte, Lebensmittel für ihre Bevölkerung heranzuführen, wirken preissteigernd. Einmengen einzelner Personen sind ungenügend. Welche Handel mit Lebensmitteln täglich getrieben wird, steht ein Bild in den Angelegenheiten des „Berliner Tageblatts“ und der „Frankfurter Zeitung“. Geradezu fabelhafte Gewinne hat die Lebensmittelindustrie gemacht. Es entbehrt allerdings der Toleranz für Exzessleistungen, wobei sie ungerechte Gewinne erzielen, die dieser Seite zum Teil zu tun haben. In Angelegenheiten wird schon von einer neuen Grundbesitz gesprochen. Es sind richtige Schieber, die die Regierung hat die Einfuhr von Getreide aus dem Ausland zu spät unterlassen. Es ist nicht nur ein Geiz der Kriegsgewinne notwendig, sondern vor allem ein Geiz über Kriegsgewinne. Verhängnisvoll ist die Überhöhung des Großkapitals in seinen Leistungen, was sich schon bei der R. G. in der Versorgung der Großmühlen erzieht. Die Kleinmühle arbeitet billiger, die Großmühle hat nur mehr technische Einrichtungen, keine einzige bessere als die Kleinmühle.

Abg. Fischel (Hortf. Bg.):

Die Abnahme der großen Städte haben sehr erheblich für die Ernährungslage gemeint. Man kann die Verhältnisse nicht verdrängen, indem man sie großkapitalistisch nennt. Der Futtermittelverbrauch haben wir sehr Aufmerksamkeit zu gewenden. Den Schweinehof haben wir alle unter dem Einfluß der professionellen Darlegungen befolgt. Die Sozialdemokraten haben am besten, das Zentrum am schlechtesten. Der konfessionelle Antrag war nur eine Ausführung unseres Antanges! Die Preise sagten damals im Auslaß: Handweg von den Kartoffeln, ließe ich mich nicht die Schweine aus! Wir haben damals dem konfessionellen Antrag zugestimmt. Nachdem das Schwein zum Teil verurteilt war, tun nun einzelne aus dem Viehstand so, als wenn sie nicht mitgeliefert hätten und bedauern das arme Schwein. (Heiterkeit.)

Abg. Böhm (Kais.):

Es sind doch auch sehr warme Stimmen im Auslaß gegen die ziellose Abschichtung der Schweine laut geworden. In der Rotterkammer haben davon nicht gesprochen, weil nach dem Berichtshatter keine Partei das Wort ergreift. Eine mäßige Schweineabschlachtung zur Abstellung der Gefahr, daß menschliche Nahrungsmittel aufgezogen werden, ist allgemein als erwünscht bezeichnet worden, aber ziemlich ausnahmslos ist von allen Parteien in sehr scharfer Weise der Abschichtung an sich widersprochen worden.

Abg. Schiele (Konf.):

Von einer vollständigen Mangelwirtschaft im deutschen Vaterlande habe ich nicht gesprochen, sondern mich auf gewisse geringe Erntemängel in einzelnen Teilen von mir genannter Provinzen bezogen. Ich weiß, daß wir im Westen und namentlich im Süden sehr gute Erntegebiete gehabt haben, die den Ausfall ausgleichen. (Zurufe links.) Ein Viehherd über die Schweineabschlachtung besteht nicht mehr. Eine gewisse Mangelwirtschaft ist nicht ausgeschlossen, aber die starke Abschichtung, wie sie nachher vorgenommen wurde, hat nicht im Sinn des Reichstages gelegen. Hier hat sich gezeigt, welcher Einfluß für den Krieg ist, der der Reichstags oder der anderer Ratgeber.

Abg. Feld (Kais.):

Wegen des Ausganges kann ich dem Abgeordneten Fischel keine Antwort geben.

Die Auslaßsprache schließt.

Die Abstimmung.

Die sämtlichen 44 Entschlüsse des Landtagsausschusses werden angenommen. Unter anderem wird die Regierung aufgefordert, dafür zu sorgen, daß Unterhaltungen auch in Lebensmitteln gegeben werden, daß Höchstpreise möglichst für sämtliche Bedürfnisse, auch für die Lebensmittel, eingeführt werden, besonders Weizen, Brot- und Futtergetreide, für Getreide, Getreide. Die Lebensmittelverordnungen sollen bei der Versorgung mitwirken. Dem Reichstag des Innern soll ein Bericht von 15 Abgeordneten beigegeben werden (der Bericht hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen). Für die Landwirtschaft sollen Gefangene bereitgestellt werden. Empfohlen wird verstärkter Aufbau von Futterböden, Maßnahmen gegen den Viehstand, Einführung von Höchstpreisen für Getreide.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der verlangt, daß die Höchstpreise für Kartoffeln nicht weiter erhöht werden sollen, wird abgelehnt, ebenso ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, wonach bei der Überlieferung von Höchstpreisen der Staat nicht bestraft werden soll, auch die von den Sozialdemokraten beantragte Einführung von Höchstpreisen wird abgelehnt.

Damit sind die Ernährungsfragen erledigt.

